





ist für die deutsche Industrie um so gefährlicher, als sie...

Es werden da also von den Unternehmern alle verfügbaren Register gezogen, alle Pflichten zum...

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun kürzlich einen weiteren Vorstoß gegen die Sozialreform...

Zu diesem Zweck schlug der Generallinien aller Scharfmacher, Dr. Alex. Tille, die Schaffung einer Arbeitgeberpartei vor...

Im November 1908 veröffentlichte Schrift von Karl König, Syndikus des Verbandes bayerischer Metallindustrieller...

Die nationalliberale Parteileitung der Provinz Brandenburg lud in einem im Oktober 1908 veröffentlichten Zirkular zur Diskussion über einen Industrieverband...

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

Die nationalliberale Partei in der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1908 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei, im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung...

trauen, daß sich eine Arbeiterbewegung daraus entwickeln wird, die den Willen und den Entschluß hat, verantwortlich mitzuarbeiten an der Gestaltung eines künftigen Lebens; in diesem Willen und in diesem Entschluß, das heißt in der ganzen Welt, wird zugleich ein sicheres und starkes Mittel gegen die Uebersteigerung und Ueberspannung menschlicher Kräfte liegen...

Will der Herr Reichstanzler diesen seinen Worten Rechnung tragen und auch die Hoffnungen der christlich-nationalen Arbeitererschaft erfüllen, so darf er nicht zugeben, daß in der Sozialgesetzgebung nun ein Stillstand eintritt.

Die Durchführung des Kinderschutzgesetzes nach den Berichten der württembergischen Gewerbeinspektion.

Siebst du das Gebäude dort mit den vielen Fenstern Und die hohen Schornsteine ragen In den blauen Frühlingshimmel hinein? Drumten, in dem dampfenden Raum, Dort, wo der Dampf atmet, Da spricht der Ressel mit sich und sich: Du bist ein Mensch, du bist ein Mensch, Daß dich nicht schaden, laß dich nicht schaden. Über drohen, in dem staubigen Saal, Wo die Spulen schwirren und die Räder sausen, Kinder stehen da Und wickeln hastig mit ihren Händchen Und wickeln immer ohne Ende — Und sind doch Menschen, und sind doch Kinder —.

Gott sei Dank sind jene Zeiten und Verhältnisse gemessen, die dem Richter Leopold Jakob Anlag zu seinen oben wiedergegebenen Schilderungen, aber ergreifenden Seiten über die Kinderarbeit gaben. Durch die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter durch die steigende soziale Einsicht und durch den Eingriff der Gesetzgebung hat die gewerbliche Ausnutzung der Kinder wesentlich nachgelassen. Und wir halten für einen guten Gradmesser der Kulturhöhe und des sittlichen Empfindens eines Volkes die Art, wie letzteres seine Kinder, die hilflosen und zarten Geschöpfe und zugleich seine Nachkommen zu schützen und zu hüten vertritt vor der Prostitution harterzigter Menschen. Deutschland hat keine Kinder niemals in der maßlosen und unmenschlichen Weise ausbeuten lassen wie z. B. England. Es ist erschütternd und empörend, zu lesen, wie die englische Industrie in den Anfängen ihrer Entwicklung Kinder in jungen Jahren ihren Zwecken dienstbar machte. Kein Gewerbegebiet blieb den armen Geschöpfen verschont. Sie arbeiteten in der Metallindustrie und im Bergbau, im Textil- und im Baugewerbe. Noch heute ist in dem Lancashire Textilebezirk das sogenannte „Halbzeiter System“ üblich. Kinder gehen die eine Hälfte des Tages in die Schule, die andere Hälfte in die Textilfabriken. Die englische Arbeiterbewegung hat bisher nicht den notwendigen Nachdruck zur Beseitigung dieser traurigen Einrichtung angewendet.

In Deutschland ist man erst verhältnismäßig spät an einen gesetzlichen Kinderschutz herangetreten. Am 1. Januar 1904 ist das gewerbliche Kinderschutzgesetz in Kraft getreten. Kaum ein Gesetz hat so viel Widerstand gefunden als dieses. Es griff durch seine Bestimmungen über die „eigenen Kinder“ in das Verhältnis zwischen Eltern und Kinder ein und beschränkte das Verfügungsgewalt der Eltern über ihre Kinder. Andere hielten eine leichte Arbeit (leichte Votengänge usw.) für einige Stunden des Tages in gesundheitlicher und erzieherischer Hinsicht für einen heranwachsenden Knaben oder Mädchen für sehr annehmbar. Aber die Freiheit in der Benutzung der Kinder zu gewerblichen Arbeiten hatte zu so schlimmen Mißbräuchen und zu so schmerzlichen Mißständen geführt, daß ein gesetzlicher Eingriff ein Akt absoluter Notwendigkeit war. Der Gewinn an materiellem Wert, der durch die Kinderarbeit erzielt wurde, konnte den Verlust an nationalen und sittlichen Werten, der auf der anderen

Seite stand gar nicht aufheben. Alles im Leben des Einzelnen wie der Nationen weist auf die Zukunft. Dort soll es schöner, freier und heller werden auf den Bergen und in den Tälern. Dies ist doch wohl der Endzweck aller menschlichen Kultur. Und unsere Zukunft wo liegt sie? Sie liegt in unseren Kindern. Als zur Zeit der römischen Welt Herrschaft der Statthalter von Macedonia die Swartener besiegte hatte, verlangte er von diesen eine Anzahl Kinder als Geißeln. Die Besiegten boten ihnen die doppelte Zahl Erwachsener an. Das war groß und schon gedacht: Groß, weil sie ihre Hoffnung auf das kommende Geschlecht setzten, schon und edel, weil sie die unschuldigen Kinder opferfreudig schützten. Will die Nation für die Zukunft sorgen, will sie sich bestreben, kräftig zu gehen, so muß sich ihre Sorge auf das Wohl der Kleinen erstrecken. „Eine gesunde Seele in einem gesunden Körper“, sagt schon ein alter Römer.

Die Erhebungen, die die Regierung im Jahre 1898 über die Beschäftigung von Kindern anstellte, zeigten Resultate, denen sich auch ein tiefer Denker nicht verschließen konnte, und die die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens in die Kinderarbeit offen zu Tage legten. Wurden doch vor der Einführung des Kinderschutzgesetzes 532 283 gewerblich tätige Kinder ermittelt, die entweder noch gar nicht schulpflichtig waren oder das schulpflichtige Alter noch nicht überschritten hatten. Und dabei mußte die Regierung zugeben, „daß die ermittelte Zahl noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, da bei der Untersuchung nicht alle Gebiete des Reiches und nicht alle Zweige der gewerblichen Tätigkeit berücksichtigt sind“.

Das im Jahre 1904 in Kraft getretene Gesetz über den Schutz der Kinder in gewerblichen Betrieben — die Landwirtschaft wird von dem Kinderschutzgesetz nicht berührt — enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen:

Aus der Schule entlassenen Kindern unter 14 Jahren ist das Arbeiten in gewerblichen Betrieben nur bis zur Höchstdauer von 6 Stunden täglich gestattet.

Die Beschäftigung schulpflichtiger und vorerschulspflichtiger Kinder ist gänzlich verboten: in Fabriken, auf Bauten aller Art, in Betrieben von Ziegeleien, Bräuen, Gruben, beim Steinbrechen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Speditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerkebetriebe, beim Wägen und Nageln von Farben, bei Arbeiten in Kellereien und ferner in einer ganzen Reihe von gesundheitsgefährlichen Betrieben, die im Gesetz näher bezeichnet sind, so z. B. auch bei der Tabakfabrikation sowie auch in der Kleider- und Wäscheherstellung.

Fremde Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Eigene Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person für Dritte nicht beschäftigt werden.

Fremde oder eigene Kinder dürfen nicht vor 8 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden. Vor dem Vormittagsunterricht dürfen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden.

Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen.

Die Beschäftigung darf nicht länger als drei Stunden, in den Ferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern.

Den Kindern muß eine zweifelhafte Mittagspause gewährt werden. An Sonn- und Festtagen dürfen eigene wie fremde Kinder nicht beschäftigt werden in Werkstätten sowie im Handel- und Vertriebsgewerbe.

Fremde Kinder unter 12 Jahren dürfen als Votengänger, beim Werd, Zeugung, Wäscharbeiten usw. nicht beschäftigt werden, und über 12 Jahre alte fremde Kinder dürfen Sonntags in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags nur zwei Stunden arbeiten, wobei die Zeit des Gottesdienstes frei bleiben muß.

In Gast- und Schankwirtschaften darf kein Kind unter 12 Jahren beschäftigt werden, schulpflichtige Mädchen über 12 Jahre, fremde wie eigene, dürfen keine Gäste bedienen.

An Orten unter 20000 Einwohnern ist für kleinere Wirtschaften Dispensation von allen diesen Vorschriften zulässig, soweit es sich um eigene Kinder handelt.

Beschäftigten im Sinne dieses Gesetzes sind auch Schlaf- und Kochknechte, sowie Köche, wenn durch gewerbliche Arbeit verrichtet wird.

Die Beschäftigung fremder Kinder ist nur gestattet, wenn der Arbeitgeber für jedes Kind eine von der Disziplinbehörde ausgestellte Arbeitskarte besitzt.

Leider läßt die Durchführung dieses Gesetzes nach sehr viel zu wünschen übrig. Der großen technischen Schwierigkeit, namentlich in der Ueberwachung der Heimbetriebe, in denen Kinder beschäftigt sind, steht eine unergleichliche Gleichgültigkeit in bezug auf den Kinderbeschäftigung bei den beruflichen Faktoren gegenüber. Die Berichte der württembergischen Gewerbeaufsichtspersonen, die sich von anderen Gewerbeaufsichtspersonen in vielen Beziehungen sehr vortheilhaft unterscheiden, enthalten auch in der gezeichneten Richtung wertvolle Fingerzeige. Wir wollen diese Berichte deshalb einer kurzen Besprechung unterziehen; behalten uns dabei vor, die Beobachtungen der übrigen deutschen Gewerbeaufsichtspersonen in bezug auf Kinderarbeit in einem besonderen Artikel zu behandeln. Wir benutzen bei Besprechung des württembergischen Berichtes namentlich die Erfahrungen der Beamtinnen, denen die Ueberwachung der Kinderbeschäftigung in erster Linie oblag.

Das württembergische Erwerbsleben hatte im Jahre 1908 im ganzen 1038 Kinder in seinen Diensten, davon waren weiblichen Geschlechtes 694 und männlichen 344. Von diesen Kindern beschäftigt allein das Textiltgewerbe in den verschiedensten Branchen 529, also über die Hälfte der Gesamtzahl. In der Textiltindustrie waren 67 Kinder männlichen, dagegen 472 weiblichen Geschlechtes beschäftigt. Natürlich handelt es sich hierbei fast ausschließlich um eine hausindustrielle Tätigkeit, was schon daraus hervorgeht, daß von den in unserem Verzeichnisse beschäftigten Kindern 525 eigene und nur 14 fremde Kinder waren.

Beachtet wird in den Berichten über die mangelhafte Beachtung und Ueberwachung, die das Kinderschutzgesetz seitens der Ortspolizeibehörde findet. Es wird von dieser in manchen Bezirken nicht nur sehr wenig Auffklärung über die fraglichen gesetzlichen Bestimmungen verbreitet oder sehr wenig zur Durchführung derselben unternommen, sie duldet vielmehr manchmal die gesetzwidrige Beschäftigung von Kindern stillschweigend, hat sogar in einigen Fällen die behördliche Sanktion dazu gegeben. So wurde einem Häutmeister seitens der Behörde einer größeren Gemeinde gestattet, einen schulpflichtigen Knaben Sonntags vormittags von 6 1/2 — 8 Uhr mit dem Austragen von Brüdchen zu beschäftigen. Erst auf Hinweis des Aufsichtsbearbeiters sah sich die Behörde zur Zurücknahme ihrer Erlaubnis veranlaßt. Ein 12jähriger Knabe hatte vom Schultheißen eine Arbeitskarte erhalten, um in einer Textilfabrik abends nach Schluß der Schule in der Näherei beschäftigt werden zu können. In vielen Gemeinden sehen die Polizeibeamten das gesetzwidrige Beschäftigen von Kindern offen auf der Straße, ohne daß auch nur ein Finger darum gerührt wird. Eine Beamtin klagt: „Manche Polizeibehörden halten es noch immer nicht der Mühe wert, sich über die ihnen zu unbedeutend dänkende gewerbliche Kinderarbeit zu kümmern, oder sie lassen sich zu große Rücksicht obwalten.“ An einer anderen Stelle klagt eine Beamtin, es sei nach den bisherigen Erfahrungen gar nicht anzunehmen, daß in einzelnen Gemeinden die Ortspolizeibehörden eine Kenntnis dieses Gesetzes bringen würden. Infolge der mangelhaften Berücksichtigung der Hausindustrie in der Ortsbehörden gibt es in Württemberg schon oft als wie in unserem ganzen Vaterlande ganz sicher noch zahlreiche Heimstätten mit Kinderbeschäftigung, von denen die Öffentlichkeit und die Gewerbeaufsicht keine Ahnung hat. So berichtet eine württembergische Beamtin aus dem Amte bei Stuttgart, daß sie im vergangenen Jahre von zwei Orten mit zahlreicher Kinderbeschäftigung durch Zufall erfahren habe, obwohl die Kinderbeschäftigung seit Jahren dort die Regel war. Andere Beamtinnen haben eine Befragung der Ortsbehörden in der vorliegenden Frage konstatieren können. Manchmal ist der Beamte ein Polizei- oder Amtsdienstler bei der Revision mitgegeben worden, in einem Falle hat sogar der Amtsvorsteher selber die Befragung übernommen. Aus

Die feindlichen Brüder.

III.

In ihrem Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei haben die „freien“ Gewerkschaften bis in die letzten Jahre hinein mit einer Augenwinkelpflicht vorüber nehmen müssen. Die Gleichberechtigung mit der Partei wollte man ihnen nicht zuerkennen und ist ihnen heute noch nicht in maßgebenden Parteienkreisen zuerkannt worden. Rahm man die Gewerkschaftsvertreter anfänglich gar nicht ernst, so wurde man später — und jetzt man heute noch — sie als dem Sozialismus höchst gefährliche Elemente hinzustellen, um so ihre Stellung in der Arbeitererschaft zu erschüttern. Die Partei wollte die Führer in im politischen Kampfe sein. Kautsky schrieb in einer Rede in der „Neuen Zeit“ (Jahrgang 1906, Nr. 48—49), daß dort, wo Gewerkschaften und Partei gemeinsam eine Aufgabe zu lösen hätten, die Partei das richtunggebende Element sei und die Gewerkschaften ihre Tatkraft nach der Partei einzusetzen hätten. Ueberhaupt stände die gewerkschaftliche Tätigkeit gegenüber der Partei zurück und deshalb bestimme letztere die Richtung des Klassenkampfes in allen Fällen:

Die Partei freibt auf ein Ende hin, das der kapitalistischen Ausbeutung ein für allemal ein Ende macht. Dem Ende gegenüber darf man die gewerkschaftliche Arbeit, so weit sie sich nach dem Ende hin bewegt, nicht als ein Hilfsmittel betrachten, nicht im Sinne einer vorläufigen Arbeit, wohl aber einer Arbeit, die nie endet und immer wieder von neuem begonnen werden muß. Und außerdem ergibt sich, daß überall dort, wo eine starke und energiegelbe sozialdemokratische Partei existiert, diese weit eher als die Gewerkschaften in der Lage ist, der im Klassenkampf gebotenen Richtung zu erkennen und damit auch die Richtung zu weisen, in der sich die einzelnen proletarischen Organisationen des Klassenkampfes, die nicht direkt der Partei angehören, zu bewegen haben.

So der Parteivorstand Kautsky gelegentlich des Klassenkampfes-Standals in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der Kölner Gewerkschafts-Kongress (1905) hatte nämlich zu dem politischen Klassenkampf eine sehr sorgfältig und sehr genaue Resolution angenommen, die den Klassenkampf

zwar nicht gleich verwarf, die Gewerkschaften aber doch nicht für eine bestimmte Tatkraft festgelegt wissen wollte. Auch kam auf diesem Kongress die Meinung der Delegierten gegen die angewandte Form der Kautsky'schen Resolution zur Erscheinung. Eine ernante Hege von Seiten der herrschenden radikalen Richtung in der Partei und von den leitenden Parteivorständen gegen die Gewerkschaftsführer war die Folge dieser immerhin sehr bescheidenen Stellungnahme. Die Gewerkschaftsführer wurden wegen ihrer Haltung persönlich verächtlich und verunglimpft. Frau Luise Ziemer bezichtigte in einer Berliner Frauerversammlung unter dem Vorwand der Annäherung die auf dem Kölner Kongress angenommene gemeinsame Gewerkschaftsführer ironisch als die „Blüte des gewerkschaftlichen Beamtenums“. Der Kölner Bericht beweist nichts anderes als eine gewisse ruhende Vorstellung bestimmter Leute, welche sich einbilden, durch einen Ullas an das Volk: „Ihr habt das Recht zu halten“, dem wirklichen Ton und Laute der Arbeitererschaft die Wege weisen zu lassen. Es habe sich wiederum erwiesen, daß die Klasse der Arbeiter zuweilen weiter gehe und klarer sehe als die sogenannten Führer. Und daß mehrere Führer nicht in der Unfähigkeit der Führerkreise, namentlich nicht in den Beamtenkreisen liegen, sondern in der großen Masse selbst. „Graz Ausland strahlender Vorwärts“ nannte die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ den Kölner Bericht:

Entschieden war eine dieser Grundtöne, der aus der ganzen Gewerkschaftsbewegung nicht die Erleichterung, sondern — die Vernichtung (Kam war gewarnt, 2. d. 2. 3.) und sehr hat noch im Kongress der Gewerkschaften in Deutschland stattgefunden, auf dem die Vernichtungsbeschlüsse herbeigeführt wurden, als wir in Köln eine selbstgeleitete, kraftvolle, selbständige Vernichtung, die an sich selbst eine große Freude erlebt, sich an sich selbst bemerkt, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erheben darf, welche sie gar nicht verdammt hat, die aber ein sicheres Problem stellt: Vernichtung ist alles zu vernichten, die sich um die Vernichtung der Vernichtung bemüht. Diese selbst Vernichtung war ihnen nahe daran, die Idee der Vernichtung länger und noch zu werden. Und diese selbst Vernichtung verwarf man dann zum Schluß: „Ihr nicht lange werden! Die Vernichtung kann man nicht tun! Sie soll nur ruhig sein, wenn das Vernichtung, das Vernichtung, alle Rechte — wir

bleiben auch dann noch stark.“ Wenn das nicht heißt, die Arbeitererschaft in unvorantordlicher Weise in gefährlichsten Großmächtsdusef einzufallen, dann wissen wir nicht, was sonst Demagogie und was Zerschlagung der Arbeiter heißt.

Sogar Gewerkschaftsblätter gaben sich dazu her, aus Gefallen für die Partei ihren Kollegen um Achtung und Ansehen in der Arbeiterbewegung zu bringen. So schrieb der „Tabalarbeiter“, in Köln habe die Gewerkschaftsführer ein großer Egoismus beherrscht und

die Erwartungen, die wir an die Verhandlungen des diesjährigen Gewerkschaftskongresses stellen, haben sich nicht erfüllt — der Kongress hat nicht auf der Höhe der Zeit die steigende Wästeliederkeit in den Gewerkschaften scheint manchen Gewerkschaftsführer den Kopf verdrückt zu haben, während andere unter der langjährigen geschäftlichen Tätigkeit burokratisch verschauften und den feineren, höheren Zug der Arbeiterbewegung nicht mehr verstehen.“

Diesem verschrumpten, bürokratischen Gewerkschaftsführern mußte die Klasse gelüftet werden. Andere Parteiblatte schrieben von „Fennigjuden“, von „Leitrettern“, von „Diktatoren“, von „Spießern“ usw. Und diese wüste Hege auf die Gewerkschaftsvertreter nur deshalb, weil sie eine eigene Meinung in der Massenstreikfrage zu haben wagten. Großhaste Männer waren sich darüber klar, daß die Anwendung des politischen Massenstreiks bei den deutschen Verhältnissen für die gesamte Arbeiterbewegung die schlimmsten Folgen nach sich ziehen und namentlich eine Vernichtung der Gewerkschaften zeitigen würde. Der berühmte Jünger Auer prägte den sehr treffenden Satz: „Generalkrieg in Generalunion.“ In einigen „freien“ Gewerkschaftsorganen bricht es mit Recht, nur der Wahnsinn könnte die Gewerkschaften zu einer Streikprobe antreiben, die in gar keinem Verhältnis zu den wirklichen Machtverhältnissen stände. Aber was kümmerte die Parteilenke das Gefolge und Gefolge der Gewerkschaftsführer? Sie hatten lediglich das Parteiinteresse im Auge und gingen über eine Berücksichtigung der besonderen Gewerkschaftsverhältnisse mit Rücksicht hinweg. Der im selben Jahre (1906) stattgefundene Parteitag (Jena) sanktionierte die Hege auf die Gewerkschaften offiziell, indem

in einer Resolution — sogar unter Zustimmung vieler Revisionisten und Gewerkschaftsführer — der politische Massenstreik für bestimmte Fälle zur Pflicht gemacht wurde.

Das war ein Justiz für die Gewerkschaften, eine ganz rücksichtslose Mißachtung der Gewerkschaftsinteressen und -Forderungen. Eine heftige Brechbewegung entspann sich, in der die Hege hageldicht auf die Gewerkschaftsvertreter niederschlug. Das war die Frage: Soll sich die Gewerkschaft der Partei oder umgekehrt die Partei der Gewerkschaft unterordnen? Bisher hatten die Gewerkschaften die Rolle des „gebildeten Schafes“ gespielt. Aber die Massenstreikfrage war doch für sie so überaus wichtig und bedeutsam, daß sie unmöglich auch in diesem Falle „Ja“ und „Amen“ sagen konnten. Um den Kämpfen ein Ende zu bereiten, fand im Februar 1906 eine Konferenz der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände statt, zu dem Zwecke, mit der Partei, der Parteileitung und speziell der Parteipresse ein besseres Einvernehmen herzustellen. Auf dieser Konferenz kamen die großen Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und radikaler sozialistischer Tatkraft recht deutlich zum Ausdruck. Die „kapferen“ Genossen machten hier hinter verschlossenen Türen ihrem gepreßten Herzen Luft und klagten in den bewegtesten Tönen über die schafliche Behandlung der Gewerkschaftsführer seitens der Partei. „Man schwelgt in radikalen Phrasen“, sagt Müller vom Seemannsverbande, „d. h. nur scheinbar radikal, man spricht von gewerkschaftlichen Schwupf, von Palliativmitteln, von Feigheit der Führer usw.“ Und wie hat man in Berlin über die verpumpten Kreaturen im Gewerkschaftshause geredet! Man sprach von Feigheit der Führer immer unter Hinweis auf Rußland. Wir sollten uns ein Beispiel an Rußland nehmen, wir hätten keine Ideale, keine Vergeltung, kein Empfinden und keine Gefühle mehr. Man hat versucht, die Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern zu entfernen, man hat direkt versucht, sie aufzuheben gegen ihre Leiter. Man hat offiziell dem Disziplinbruch aufgeföhrt. Was heißt es denn anders, wenn man in Versammlungen davon spricht, die Mitglieder sollten Sturm laufen gegen



anderen Orten wird in erfreulicher Weise berichtet, daß die Ortsbehörden mit aller Schärfe gegen Ueber-

Wiederholt wird in den Berichten die Notwendig-

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

Krefeld.

Der neue Färbereiarbeiterlohn. Da jetzt die

Verband der rheinischen Färbereiarbeiter

Krefeld, den 18. Nov. 1909

Lohnsatz.

Nachfolgender Tarif tritt am 4. Dezember 1909 in

Kraft auf die Dauer von drei Jahren:

Table with 3 columns: Category, Daily Wage, Weekly Wage. Includes rows for '1. Beschlinge im 1. Jahre', '2. Beschmädchen im 1. Jahre', '3. Mädchen unter 19 Jahren', etc.

Bei Inkrafttreten des neuen Tarifes werden

6. Hilfsarbeiter

7. Nachtarbeiter

8. Überstunden:

Table with 3 columns: Category, Rate per Hour, Rate per Minute. Includes rows for 'Selbständige Färbereiarbeiter', 'Ausgeleitete Gesellen', 'Befehlige', etc.

ihre Führer und bergleichen. . . Haben Partei-

preffe und Parteiorganisationen ein Recht, uns in

schweren Zeiten Zusätze zu versetzen?

Ich habe in jenen Zeiten, wo die Wogen

so recht hoch gingen, immer an die elende Demag-

ogengabe gedacht, die man in der Partei mit

Recht zu entscheiden wundert. Bringmann vom

Zimmererverband führte die Ursache der Ausein-

anderungen zwischen Partei- und Gewerkschaften

auf die Theorie der Partei zurück. Nach

dieser Theorie wurde der Kampf als das wesent-

lichste Moment der Gewerkschaftsbewegung auf-

gefaßt. Der Kampf sei den Gewerkschaften aber nur

Mittel zum Zweck. Diese grundsätzlich ver-

schiedenen Auffassungen müßten zu Auseinander-

setzungen führen. Bringmann verlangte sogar eine

eigene Gewerkschaftstheorie. Deinhardt vom

Holzarbeiterverband sagt: Die Verhältnisse

liegen so, daß wir uns seit zehn Jahren be-

schlumpfen lassen, daß wir seit zehn Jahren die

schlimmsten Anschuldigungen über uns er-

gehen lassen, ohne daß wir geantwortet haben.

Wir haben geschwiegen im Interesse

der Einigkeit, wir haben uns prügeln

lassen.

Eine förmliche Verständigung brachte diese Kon-

9. Sonntagsarbeit wird mit M. 0,10 Bußgeld auf

die Ueberstundenhöhe erhöht.

10. Arbeitszeit 10 Stunden.

11. Rändigung ist eine tägliche und endet das

Arbeitsverhältnis am Abend des Rändigungsabends.

12. Feiertage Folgende Tage werden besetzt, wenn

sie nicht auf einen Sonntag fallen: Neujahr, Oster-

montag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fuß-

und Betttag und die beiden Weihnachtstage.

13. Sonntag: Feiertag während der Arbeitszeit.

14. Invaliden sind von der Beschäftigung ausgeschlossen.

15. Fortbildungsschule: Hierfür wird den Be-

lehrenden die Zeit vergütet. Bücher und Schulgeld sind

zu Lasten der Schüler.

Es folgen die Unterchriften der Vertreter des Ver-

bandes der Rheinischen Färbereiarbeiter sowie der Vertreter

(nebst Lohnkommissionen) des christlichen und sozialdemo-

kratischen Textilarbeiterverbandes.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Machen. Am 15. November fand unsere vierzel-

jährliche Generalversammlung statt. Die Rechnungs-

ablage erhaltete Kollege Neujan. Daraus geht

hervor, daß erfreulicherweise eine große Anzahl der

Kollegen den 50 resp. 60 Pfennig-Beitrag gewährt

haben, daß einige Kollegen sogar in der höchsten

Klasse (70 Pfennig) zahlen. Sodann erhielt Kollege

Saunen das Wort zu seinem Vortrage: Die geistige

Bildung des Arbeiters. Die Ausführungen konnte

man in die Worte zusammenfassen: Arbeiter, wollt

ihre auch denjenigen Platz an der Sonne erringen,

der euch zuzumutet, so müßt ihr euch vor allen Dingen

Wohle seiner Mitglieder geschaffen hat. Die Aus-

führungen wurden mit Beifall aufgenommen. Der

„Bein lustiger Bräder“ und „Theaterverein Ein-

tracht“ führten je ein Theaterstück musterhaft auf.

Der hiesige Gesangverein ertrug uns mit einigen

mehrfachmigen Liedern. Der Präses des Arbeiter-

vereins, Herr Harner Dr. Kruchen, betonte, daß er

als Verehrer auch zu dem Familienfeste gehöre.

Beide Korporationen, Gewerkschaft und Arbeiterverein,

gehörten zusammen, sie müßten sich gegenseitig unter-

stützen. Er forderte die Unorganisierten auf, sich

dem Verbandsangehörigen, und schloß mit einem

Hoch auf die christlichen Gewerkschaften. Zum Schluß

danke der Vorstehende für die den Rednern geschenkte

Aus unserer Industrie.

Aufruf an die deutschen Baumwollspinnereien.

Wir entnehmen der „Leipziger Monatschrift für die

Textilindustrie“ folgendes:

Die überaus ernste Lage, in welcher sich die gesamte

Baumwollindustrie schon seit längerer Zeit befindet,

und welche durch die drohende Knappheit des Rohmaterials

auf äußerste Verdrängung, veranlaßt die Beteiligten

der deutschen Spinnereibetriebe, sich in einem Aufruf an

die deutschen Spinner zu wenden, auf die bedrohliche

Lage hinzuwirken und Betriebsbeschränkungen in großem

Umfange zu empfehlen. Dieser Schritt der Spinner-

vorstehenden ist namentlich auch deshalb nötig geworden,

weil vielfach die letzte Rundgebung des internationalen

Komitees mißverstanden worden war und ein falsches

Gefühl der Beruhigung hervorgerufen hatte. Wie die

Dinge insbesondere nach dem so überaus enttäuschenden

Ausfall der ägyptischen Ernte liegen, ist eine Verbilligung

des Rohmaterials einzig und allein von einer konsequent

durchgeführten Produktionsbeschränkung der Spinner-

und Weberei zu erwarten, über aber es tritt eine ent-

sprechende, wesentliche Verteuerung der Preise für Garne

und Gewebe ein. Die jetzigen Verhältnisse, bei welchen

selbst der Laie ein erschreckendes Mißverhältnis zwischen

den Tagespreisen und den Herstellungskosten für Garne

und Gewebe herausfinden muß, sind unhaltbar. Es muß

zur Beseitigung der Verhältnisse unbedingt herangezogen

werden, wenn sich jeder Produzent die wirklichen Selbstkosten seiner

Fabrikate, verteuert infolge von Überproduktion und

höheren Auslagen, klar macht, und wenn andererseits die

noch vorliegenden, oft aus dem Jahre 1907 herstammenden

billigen Garnpreise endlich abgemindert werden. Haben

die Spinner im Hinblick auf die eigentümlichen Verhältnisse,

welche durch die Hochkonjunktur 1907 und den darauf

folgenden schroffen Niedergang bedingt waren, sowie im

Hinblick auf die schwierige Lage der Weberei und Wäberei

bislang Rücksicht mit der Abnahme der Garne geübt, so

ist dies jetzt bei der Verbilligung der ungenügenden Kon-

strukturen, wie uns aus Spinnereireisen berichtet wird, nicht

weiter möglich, ja es liegt dies nach der Ueberzeugung

der Baumwollspinner tatsächlich auch nicht weiter im In-

teresse der Weberei und Wäberei — Wir lassen nach-

stehend den Aufruf der deutschen Spinnereibetriebe folgen:

An die deutschen Baumwollspinner!

Die Unterzeichneten nehmen Anlaß, auf die den

deutschen Spinner durch die Resolution des

Vorstandes des Internationalen Spinner- und Web-

erverbandes vom 6. Oktober 1908 zurückzuführen, in

welcher ausgeschrieben ist, daß bis am 30. September

1909 die Baumwollpreise, per 31. August 1909 aufgestellten

Lager- und Verbrauchs-Statistik mit dem Betrag

der abgelaufenen Saison überzogen werden und unricht-

igen Baumwollpreisen rechnet, daß unter Berücksichtigung

der günstigen Aussichten für die ökonomische und ägyptische

Baumwollenernte die Gesamtbeschaffung für den Bedarf

der Spinnereien selbst dann genügen werde, wenn die

amerikanische Ernte nur einen mäßigen Betrag liefere.

Diese Erklärung und die in der Statistik per 31.

August 1909 gegebene Lager- und Verbrauchs-Statistik

haben den Eindruck hervorgerufen, daß nach Ansicht des

internationalen Komitees die Beschaffung für die laufende

Saison mit Rücksicht genüge, um eine weitere Preissteigerung

hinzuzubringen.

Demgegenüber müssen wir betonen, daß obige Er-

klärung unter der zwar selbstverständlich, aber vielleicht

nicht deutlich betonten Voraussetzung einer allgemeinen

Einschränkung der Spinnerei-Produktion während der

Saison 1909/10 im bisherigen, wenn nicht in einem

höheren Maße, aufgestellt war.

Nach dem Ergebnis der internationalen Statistik

betragt:

Am 31. August 1908 der

sichtbare Vorrat . . . . . 954 000 Btl.

der unsichtbare Vorrat . . . . . 1 543 663

Gierzu die Ernte 1908/09 . . . . . 13 825 000

15 322 663 Btl.

Am 31. Aug. 1909 betragt

dagegen der sichtbare

Vorrat . . . . . 1 412 000 Btl.

der unsichtbare Vorrat . . . . . 1 887 600

3 299 600 Btl.

mithin betragt der Baum-

wollverbrauch im Jahre

1908/9 . . . . . 13 023 063 Btl.

davon entfallen

a) auf die 115 971 000

Spindeln, welche zur

Statistik beitragen . . . . . 12 098 280 Btl.

b) auf die 15 523 058

Spindeln, welche nicht

berichtet haben, nach

den sonstigen Baum-

wollverbrauch . . . . . 924 783 Btl.

zusammen: 13 023 063 Btl.

In dieser Aufstellung ist der unsichtbare Vorrat der-

jenigen Spindeln, welche nicht zur internationalen Baum-

wollstatistik berichtet haben, außer Betracht gelassen. Es

wird sich dabei aber wahrlich nicht die Mehrzahl nach

um Spindeln handeln, welche keine oder nur wenig

amerikanische Baumwolle verwenden.

Nimmt man für 1909/10 nur den gleichen Baum-

wollverbrauch an wie im Vorjahr bei eingeschränkter

Periode, so muß sich der am 31. September 1909 vor-

handene gewisse Vorrat von 3 299 600 Ballen bis 31.

August 1910 um so viel verringern, als die neue ameri-

käische Ernte hinter der vorjährigen zurückbleibt. Wenn

man nun auch die größere Ernte in Ostindien — die Ausfich-

ten sehr ungenügend — teilweise einen Ausgleich bietet,

so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der im Ausfall

in der amerikanischen Ernte auch nicht entfernt bedeu-

tend, daß eine ganz erhebliche Einschränkung des Verbrauchs

aller bestehenden Baumwollspinnerei absolut notwendig

ist, soll nicht mit einer weiteren enormen Preis-

steigerung auf allen Baumwollmärkten und mit der Mög-

lichkeit eines am Schluß der Saison nahezu erschöpften

Vorrates gerechnet werden.

Die unterzeichneten Vorstehenden der deutschen Spinner-

verbände bitten daher alle Spinnereien Deutschlands

nachzuwachen und in möglichster Weise eine mögliche

Einschränkung der Erzeugung in Angriff zu nehmen. Die

ab 1. Januar 1910 gesetzlich angeordnete Reduktion der

Arbeitszeit für Arbeiterinnen genügt angesichts dieser

schwierigen Verhältnisse keineswegs, es bedarf vielmehr

weit durchgreifender Maßregeln, ähnlich den in England

und anderen Ländern vorgenommenen Schritten. Nur

so wird der wilden Spekulation in Baumwolle entgegen-

gearbeitet, und nur auf diese Weise können die unter die

Herstellungskosten gesunkenen Garn- und Färbepreise

wieder auf eine normale, wenigstens Verluste ausgleichende

höhe gebracht werden.

Wir möchten auch nicht unterlassen, den deutschen

Spinnern an gelegentlich zu empfehlen, der durch die Vor-

gänge auf den Baumwollmärkten entstehenden Verteuerung

der Garne beim Verkauf möglichst Rechnung zu tragen

und Angebote unter dem annähernden Tageswerte tunlichst

zu vermeiden, damit den wachsenden Verlusten der

Spinnerei Einhalt getan wird. Ebenso sollte den unzufü-

greifenden Betrachtern der Abnehmer, sich übernommenen

Lieferungsverpflichtungen unter Umständen des Ab-

rufes zu entziehen, energig entgegenzusetzen werden, da

der Spinnerei nicht zugemutet werden kann, während der

so schwierigen Zeit langfristige Garne monatlang mit

Zinsverlust auf Lager zu legen.

E. D. Langen, Vorst. d. Verb. Rhein.-Westf. Baumwollsp.

Emil Starf, Vorst. d. Vereinig. Sächs. Spinnereibereiter.

René Pullmann, f. d. Ostf. Industriell. Syndikat.

Dr. Semlinger, Vorst. d. Verens. Sächs. Baumwollind.

9. Sonntagsarbeit wird mit M. 0,10 Bußgeld auf

die Ueberstundenhöhe erhöht.

10. Arbeitszeit 10 Stunden.

11. Rändigung ist eine tägliche und endet das

Arbeitsverhältnis am Abend des Rändigungsabends.

12. Feiertage Folgende Tage werden besetzt, wenn

sie nicht auf einen Sonntag fallen: Neujahr, Oster-

montag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fuß-

und Betttag und die beiden Weihnachtstage.

13. Sonntag: Feiertag während der Arbeitszeit.

14. Invaliden sind von der Beschäftigung ausgeschlossen.

15. Fortbildungsschule: Hierfür wird den Be-

lehrenden die Zeit vergütet. Bücher und Schulgeld sind

zu Lasten der Schüler.

Es folgen die Unterchriften der Vertreter des Ver-

bandes der Rheinischen Färbereiarbeiter sowie der Vertreter

(nebst Lohnkommissionen) des christlichen und sozialdemo-

kratischen Textilarbeiterverbandes.

Es folgen die Unterchriften der Vertreter des Ver-

bandes der Rheinischen Färbereiarbeiter sowie der Vertreter

(nebst Lohnkommissionen) des christlichen und sozialdemo-

kratischen Textilarbeiterverbandes.

Es folgen die Unterchriften der Vertreter des Ver-

bandes der Rheinischen Färbereiarbeiter sowie der Vertreter

(nebst Lohnkommissionen) des christlichen und sozialdemo-

kratischen Textilarbeiterverbandes.



Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Ein neuer Eisenbahnerverband in Württemberg. Am 31. Oktober cr. ist in einer Eisenbahnerkonferenz in Stuttgart ein neuer Eisenbahnerverband für das Königreich Württemberg gegründet worden.

Der alte württembergische Eisenbahnerverband, der durch die Neugründung den größten Teil seines früheren Mitgliedsbestandes verlor und wohl zur totalen Auflösungsgefahr und Bedeutungslosigkeit verurteilt worden ist, hat die Wahrung der Interessen der Eisenbahner in vollständig unzureichendem Maße besorgt.

Der alte württembergische Eisenbahnerverband, der durch die Neugründung den größten Teil seines früheren Mitgliedsbestandes verlor und wohl zur totalen Auflösungsgefahr und Bedeutungslosigkeit verurteilt worden ist, hat die Wahrung der Interessen der Eisenbahner in vollständig unzureichendem Maße besorgt.

4. Herr Roth steht es frei, unter Einhaltung einer vierteljährlichen Abgabensfrist von seinem Vertrag mit dem Verband zurückzutreten.

6. Wird auf einer ordentlichen Generalversammlung des Verbandes ein ordnungsmäßig gefasster Antrag, das Dienstverhältnis mit dem Verband zu lösen, zum Beschluß erhoben, so bleibt Herr Roth noch bis zur nächsten Generalversammlung als Sekretär im Dienst des Verbandes, wo alsdann die Neuwahl stattfindet.

8. Die vorstehenden Bestimmungen können nur auf einer ordentlichen Generalversammlung durch Mehrheitsbeschluß auf Grund eines ordnungsmäßig gefassten Antrages geändert, nicht aber zuzunehmen des Herrn Roth verschlechtert werden.

Außer diesem Auftragsvertrag hat Herr Roth sich einen Zeitungsvertrag zurecht gemacht, der ihn (Roth) zum Eigentümer des Verbandsorgans macht, der Verbandskasse aber die Herstellungskosten des Blattes auferlegt; der weitere Bestimmung, daß sämtliche Anzeigengebühren in die Kasse des geschiedenen Herrn Sekretärs fließen, der den Verband zwingt, während der ganzen Dauer seines Bestehens den „Schwab. Eisenbahner“ als Verbandsorgan anzuerkennen.

Die Geschäftsführung des „Schwab. Eisenbahner“ hat Herr Roth in ungeliebter Verbundenheit zu seinen Bezügen als Verbandsbeamter. Aus Verbandskassen wurde die Staatskassenschnittstelle zur Beschlagsnahme der Kassenbücher aufgehoben. Der daraufhin beauftragte vereidigte Kassenvorprüfer stellte fest, daß „bevorzugt“ seit 1906 falsche Kassenabläufe vorliegen und die Buchführung verfehlert war.

Durch die Auszahlung dieser schreienden Mißstände mußte es zu einem Bruch in dem Verbandskommen. Es stand der Einfluß und das Ansehen der organisierten württembergischen Eisenbahner auf dem Spiele.

Die Zeitung der Nicht-Unterstützenden Gewerksvereine findet den traurigen Akt, Herrn Roth heranzuziehen und die christlichen Gewerkschaften anzuhaken, weil einige Funktionäre derselben in den letzten Wochen einer kurzen Opposition im württembergischen Eisenbahnerverbande in ihren Behauptungen, geordnete Verhältnisse zu schaffen, behilflich waren.

Dem neuen Bundesverband ein herzliches Willkommen und die besten Wünsche für seine weitere Entwicklung.

Christlicher Streikbruch? Streikbruch sollen die Christlichen beim Streik der Firma Godetron u. Gießler begangen haben. Wir haben diese hart und durch unwahre Behauptung bereits

richtig gestellt. Nun schreibt selbst die sozialdemokratische „Mitteldeutsche Volkszeitung“ in Nr. 265:

„Daß der Streik aufgehoben werden sollte, ist richtig, aber die Arbeiterklasse sollte wenigstens wieder so geschlossen, wie sie die Arbeit verließ, dieselbe wieder aufnehmen.“

Als ob die Firma nach zehnwöchentlichem, verlorene Kampf noch Bedingungen anerkannt hätte! Einig und geschlossen sollte die Arbeiterklasse die Arbeit aufnehmen! Das sagen dieselben Leute, die während des Kampfes die Arbeiter systematisch gegen einander gehetzt und zerplittert hatten.

Das bei der Niederlegung der Arbeit zu vor-eilig und verkehrt gehandelt wurde, gab der Lokalbeamte des sozialdemokratischen Verbandes dieser Tage in einer Veranlassung zu Lautenbach-Jell selbst zu. Nur sind nach ihm die Unorganisierten schuld. „Wid der „Harte“, „mächtige“ sozialdemokratische Verband, der von den 280 Arbeitern etwa 130 organisiert hatte, er läßt sich die einzuschlagende Taktik von den Unorganisierten vorschreiben.“

Unter Bezirksleiter, Kollege Fischer-Mühlhausen, geistelte dies auch in oben erwähnter, vergangenen Montag stattgefundenen Versammlung. Den erdhienem Genossen wurde weitgehende Rede-freiheit zur Verteidigung eingeräumt. Zum Dank dafür brüllten sie den Referenten im Schlußwort nieder, sobald die Versammlung vorgeeilt ge-schlossen werden mußte.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Erster Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands. Die christlich-interkonfessionellen Gewerkschaften Hollands, die in dem „Christlich-nationales Feder-bande der Niederlande“ vertreten sind, hielten am 10. November cr. in Rotterdam ihren ersten Delegiertenkongreß ab.

In dem vom Vorstande erstatteten Geschäftsbericht wies derselbe auf die Entwicklung hin, welche die holländischen christlichen Gewerkschaften in der letzten Zeit ihres Bestehens aufzuweisen haben. Die Zahl der Gewerkschaften für den Gesamtverband ist nur noch eine Frage der Zeit. Es sind heute bereits sieben Vereine jenseits der einzelnen Verbände hergestellt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht ergab Ueber-einstimmung darin, daß auch für Holland zentrale Or-ganisationen gegründet werden müssen. Als Sitz des Gesamtverbandes wird einstimmig Rotterdam be-zogen. Sobald die Verhältnisse es gestatten, soll ein Beamter für den Gesamtverband freigestellt werden.

Ueber die Frage, ob lokale oder zentrale Organi-sationen, besteht kein Zweifel mehr. Bezüglich der Unter-zügungen ist Gewacht darauf zu legen, daß dieselben den Beitragsverhältnissen angepaßt werden, damit nicht durch Fehler hierbei der wirkliche Zweck der christlichen Gewerkschaftsbewegung vereitelt werde.

mit einem Schlage viele Mitglieder zu gewinnen, Haupt-sache ist, eine solche Grundlage für die Organisation zu schaffen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen ist.

Im dem Referat mit über Arbeitslosigkeit wird die Staatsversicherung nicht als wünschenswert be-zichnet, sondern Kommunal-Arbeitslosenunterstützung mit Staatshilfe. Ein wichtiges Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit ist die Bekämpfung der Arbeitszeit.

Ein Antrag, durch Herausgabe von Broschüren für die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den Niederlanden Propaganda zu machen, wird dem Vor-stande zur Erwägung überwiesen.

Gewerkschaftssekretär Harsch-herzogtrath, welcher wegen des engeren Interessenverhältnisses der beiderseitigen christlichen Organisationen an der Grenze der Verhandlungen als Gast beizuwohnen, gab in einer bei-fälligen aufgenommenen Ansprache seiner Bewunderung Ausdruck über das Resultat der Verhandlungen. Nicht in Theorie, sondern aus der Praxis für die Idee, und das müsse der jungen Organisation zum Siege verhelfen.

In der Schlußrede konnte der Vorsitzende Dirmer seine Bewunderung über den anregenden und einmütigen Verlauf der Tagung ausdrücken. Bedauerlich sei, daß nur ein Tag zu den Verhandlungen zur Verfügung stand. Nächstes Jahr werden für die Besammlungen mehrere Tage vorgesehen. Bis dahin gilt es für die Delegierten, im Sinne der heutigen Beratung und Beschlußfassung un-gedacht aller Schwierigkeiten für die Idee der christlichen Fachorganisationen Propaganda zu machen.

Der Ausstand der christlichen Textilarbeiter in Ranica bei Bergamo (Italien) ist beendet. Der Streik entstand, weil der Vorstand des christlich-sozialen Kartells, Scarpinelli, der über Ver-letzungen des Reglements Beschwerde führt, trotz 25-jähriger Dienstadt entlassen wurde.

Die Arbeiter erzielten eine komplette An-erkennung ihrer Organisation, wenn auch die Firma Zoppi, um ihr Reform zu wahren, den Vor-sitzenden der Organisation, wegen dessen will-kürlicher Entlassung der Streik ausgedehnt war, in eine andere Fabrik verlegt hat.

Der Verlauf dieses erfolgreichen Kampfes zeigte ein interessantes Moment. Es veranstalteten nämlich sämtliche christliche bürgerliche Zeitungen Oberitaliens bis vereinzelte noch Rom hinunter Sammlungen für die Streikenden. Der italienische Arbeiterverband ist noch jung und besitzt keine starken Kräfte, so daß der Sieg wohl größtenteils der einzig dastehenden Solidarität aller christlichen Stände zu danken ist.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Ausdehnung der Maßregelungsbehörde. Wie die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände mitteilt, hat am 26. und 27. Oktober in Hamburg eine gemeinsame Arbeitennachweis-Konferenz stattgefunden, die von Industriellen des ganzen deutschen Reiches zahlreich besucht war.

Die Konferenz hatte vor allem den Zweck, den gegenseitigen Kontakt der Verbände die praktische Kenntnis der Einrichtungen des Arbeitsnachweises des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs zu vermitteln, der bekanntlich auf diesem Gebiete seit langen Jahren vorbildlich wirkt. Die Konferenz bot aber außerdem Gelegenheit, in eingehender, gegenseitiger Aussprache die Erfahrungen der einzelnen Verbände und Industriezweige über wichtige Arbeitsvermittlungsfragen auszu-tauschen und so eine Reihe von Problemen einer Klärung in den Ansprachen näher zu bringen.

Es steht also wohl eine weitere Ausdehnung der Unternehmearbeitsnachweise in Aussicht. Die Unter-nehmer arbeiten auf diesem Gebiete mit ungemein großer Rührigkeit. Jedenfalls hoffen sie, auf der ganzen Linie eigene Nachweise zu haben, bevor die Gesetzgebung die Neugründung von solchen Maß-regelungsbehörden verbietet.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse Bocholt. Am 19. Nov. wurde die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse II getätigt. Im ganzen wurden 449 Stimmen abgegeben. Auf die Liste des „Aus-schusses für soziale Angelegenheiten“ entfielen 644, auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 35 Stimmen. Von 2160 Kassemitgliedern haben 249 die Wahl ausgeübt.

Allgemeines.

Der Konsumverein für Werben und Um-gegend, eine von Mitgliedern der christlichen Ge-werkschaften gegründete Genossenschaft, die heute in Stadt- und Landkreise Essen sowie in Gelsenkirchener insgesamt 30 Filialen mit über 6000 Mit-glieder zählt, veröffentlicht seinen sechsten Jahresbericht, umfassend die Zeit vom 31. August 1908 bis 1. September d. J.

Da die in dieser Genossenschaft geleistete Arbeit sowie die erzielten Erfolge für manche aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Kon-sumvereine vorbildlich bezeichnet werden können, heben wir kurz einiges aus dem Jahresbericht hervor. Der bis zum 31. August d. J. in 23 Filialen erzielte Umsatz betrug 1.624.933,60 Mk. gegen 1.003.630,31 Mk. im Vorjahre, was einer Umsatz-Steigerung von 621.313,29 Mk. oder 62 Prozent ent-spricht.

Die überaus günstige äußere Entwicklung spiegelt sich, wie der Bericht und die Bilanz der Werbener Genossenschaft weiter zeigt, ebenso glänzend in der inneren Kräftigung und finanziellen Leistungsfähigkeit wieder. An Ersparnissen, die in Form einer 8-pro-zentigen Rückvergütung zur Verteilung gelangen, wurde insgesamt die schöne Summe von über 117.000 Mk. erzielt. Bei dieser enormen, zu An-fang Dezember an die Mitglieder zur Auszahlung gelangenden Summe ist der Verein weiter in der Lage, dem Reserve- und sonstigen Fonds Zuwendungen zu machen, die einschließlich Abschreibungen weitere 50.000 Mk. betragen.

Erfreulich ist, daß die Genossenschaft die erübrigten weiteren 50.000 Mk., wodurch dieselbe in der Lage wäre, 10 Prozent Rückvergütung zu zahlen, nicht anzunehmen, sondern zur Stärkung der Reserven bzw. zur Zuführung für die Weiterentwicklung notwendiger Fonds benutzt.

Hierdurch wird die Genossenschaft später in der Lage sein, gleich wie der Konsumverein „Eintracht“ in Wülheim sich ein eigenes Heim zu schaffen und zur Eigenproduktion überzugehen, was dort, wo man die Konsumvereine nur als reine Dividenden-genossen betrachtet, niemals erreicht wird.

Vorbildlich für manche Bezirke, wo die Zer-splitterung der Konsumvereine für die christliche Gewerkschaftsbewegung geradezu bedenklich wird, ging die Werbener Genossenschaft auf dem Gebiete der Verbrüderung kleinerer Genossenschaften vor.

Nachdem dieselbe schon früher einen am Bande des Grades angelegten Beamtenkonsumverein über-nahm, wurden seit dem 1. September d. J., den Beginn des neuen Geschäftsjahres, die ebenfalls von christlichen Gewerkschaftlern gegründeten Konsum-vereine „Selbsthilfe“ in Gelsenkirchen und „Arbeiter-wohl“ in Weisig, außerdem ein weiterer Beamten-konsumverein in Astenessen übernommen, so daß die Zahl der Filialen sich hierdurch auf 30 erhöhte.

Da sämtliche mit der Werbener Genossenschaft jetzt vereinigten Vereine, wie aus deren Liquidations-bilanzen ersichtlich ist, kaum lebensfähig waren, liegen die durch die Vereinigung für die Mitglieder erzielten Vorteile so handgreiflich klar, daß dieses Vorgehen in der Tat Nachahmung verdient.

Zu der Beachtung der Werbener Genossenschaft nun ferner eingependelt die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Beteiligung als Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung klarlegt, mögen sich Interessenten den Bericht, der, wie uns mitgeteilt wurde, durch die Geschäftsstelle in Werben in Ruhe gegen Einwendung der Postkosten jedem zugestellt wird, verschaffen.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung hat die bedröhten Betriebskrankenkassen zum Freitret herangezogen. Der Verband christlich-sozialer Betriebskrankenkassen nahm in den letzten Tagen in einer Konferenz Stellung gegen die Versicherungsordnung.

Die Betriebskrankenkassen wurden als Vor-sorgeeinrichtungen für die Versicherten gestiftet, an deren Stelle man nichts Gleichartiges setzen kann. Die Arbeiter sind allerdings anderer Meinung über die Betriebskrankenkassen im Interesse der Unternehmener arbeiten und daß mancher Arbeitgeber durch seine Betriebskrankenkasse keine Arbeiter im Stande hält. Deshalb wird eine Beilegung dieser Kräfte verlangt, eventl. die Auflösung der Kassen, wenn die Arbeiter-schaft in geheimer Abstimmung einen diesbezüglichen Beschluß faßt. Auch hier zeigt sich wieder, daß die Arbeiter-schaft ihre Stimme erheben muß, wenn sie verhindern will, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht Gesetz werden oder noch mehr ver-schandelt werden soll.

Versammlungs-kalender.

- Bergneuland. 27. Nov., 6 1/2 Uhr, bei Bernhard Heuer Haupt-Generalversammlung.
Bocholt. 28. Nov., 10-12 Uhr Abrechnung der Ver-trauensmänner.
Dorshorn. 28. Nov. Mitglieder-Versammlung.
Dormelshorst. 28. Nov., 4 1/2 Uhr, in alten Schuppenhof, 10-jährige Gewerkschaftsfeier.
Dülken. 28. Nov., 6 Uhr, bei Kath. Heimenen Genera-l-Versammlung.
Forschheim. 28. Nov., 3 Uhr, bei Jadenwisch Jos. (Ausg.) 2. Dez., 1 1/2 Uhr, zum Prälaten, Ge-neral-Versammlung.
M.-Gladbach-Winnenberg. 28. Nov., 6 Uhr, bei Jol. Zemanacher, Waldhauenerstr.
Krefeld. Die Kartellbibliothek ist jeden Sonntag von 11 1/2-12 1/2 Uhr im Kolde der Reichshalle geöffnet und können aus diese Zeit Bücher entliehen werden.
Mülheim a. Rh. 6. Dez., 7 Uhr, bei Wöcker. Wafler 6 General-Versammlung.
Mühlhausen I. Thür. 4. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Gejer und Schöwin, Felderstraße.
Ostfild. 26. Nov., 1 1/2 Uhr, im „W. Ihen Hof“ außer-ordentliche Versammlung.
Rheindt. 28. Nov., 6 Uhr, bei Albert Paffen, Genera-l-Versammlung.
Sommerfeld. 28. Nov., 8 Uhr in Erleis Restaurant, Wilschauerstr.
Werdau (Augsb.) 27. Nov., 1 1/2 Uhr, bei Wilhelm Ross, Stadtweg, öffentliche Versammlung.
Wittenberg. 1. Dez., 1 1/2 Uhr, bei Wilhelm Ross, Lindenstraße.